

Die Deutsche Demokratische Partei in Tönning (DDP 1918 - 1933)

Wolfgang Werthen

Vorwort

Liest man heimatgeschichtliche Bücher, so gewinnt man manchmal, je näher man dem 20. Jahrhundert kommt, den Eindruck, als hätten in der Region wohl Sport- und Gesangsvereine, Feuerwehr und Rotes Kreuz gewirkt, das politische Leben aber sei spurlos an ihr vorübergegangen..

In Wirklichkeit hat sich, schlägt man nur die alten Zeitungen aus den ersten Jahrzehnten auf, auch auf politischem Felde ein bewegtes und in vielerlei Hinsicht ortstypisches Geschehen abgespielt. Selbst die Staatsaktionen blieben nicht ohne Echo. Und das verwundert nicht; denn zumal im Zeichen der Demokratie seit 1918 mit dem Wahlrecht ab dem 20. Lebensjahr - auch für Frauen - gewann das politische Leben an Gewicht. Es darf nicht fehlen, wenn man die Vergangenheit kennen und verstehen will.

In diesem Sinne versucht die folgende Darstellung, die Rolle einer Partei in Tönning nachzuzeichnen, die vor und nach dem 1. Weltkrieg zu den stärksten politischen Kräften zählte, aber im Laufe von 14 Jahren zu einer Splittergruppe absank.

1. Herkunft liberaler Grundüberzeugungen und Entwicklung der Partei

Die linksliberale Fortschrittspartei (später DDP) stand in der Provinz Schleswig-Holstein bei den Reichstagswahlen von 1912 nach den Sozialdemokraten mit 40 % an zweiter Stelle mit 29 % der Stimmen. Beide Parteien gehörten zur Opposition.

Die Überzeugung der Liberalen - heute in der FDP organisiert; liberale Vorstellungen sind aber auch in die Programme anderer Parteien eingegangen - beruht auf dem Gedankengut der Aufklärung und ihrer Auswirkungen in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, der ersten Phase der Französischen Revolution von 1789 sowie der Revolution von 1848 in Deutschland, hier insbesondere in der Schleswig-Holsteinischen Erhebung.

Die ungehinderte Selbständigkeit des einzelnen Menschen, das freie Spiel der Kräfte bildeten das höchste Prinzip in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat - einem Verfassungsstaat mit Presse-, Versammlungs-, Koalitions-freiheit; Privateigentum, Gewerbefreiheit, Freihandel; Trennung von Kirche und Staat.

Auf dieser Grundlage war 1861 in Preußen die Deutsche Fortschrittspartei entstanden. Ihr linker Flügel bildete schließlich die "Freisinnige Volkspartei", die unter Eugen Richter (1838 - 1906) in heftiger Gegnerschaft zu Bismarck stand, während die Nationalliberalen den Eisernen Kanzler meist unterstützten (1912: 14 %).

Im 1. Weltkrieg trat der "Freisinn" - zusammen mit SPD und dem "Zentrum" (katholische Partei) - für einen Verständigungsfrieden ein; alle drei Parteien bildeten 1919 die Regierung der "Weimarer Koalition". Noch 1918 hatte Friedrich Naumann (1860 - 1919) den "Freisinn", erweitert zum Sammelbecken des republikanisch gesinnten Bürgertums, neu gegründet als "Deutsche Demokratische Partei". (In Tönning gehörten u.a. Johannsen, Prange, Wichmann zur DDP.) Rechts von ihr standen die Nationalliberalen als "Deutsche Volkspartei" (DVP), die sich, solange der Einfluß Stresemanns reichte, zum Staat von Weimar bekannte. (In Tönning gehörten ihr u.a. Landrat Reeder, Medizinalrat Dr. Baach, Steuerinspektor Bliesener an.) Noch weiter rechts stand die konservative "Deutschnationale Volkspartei" (DNVP, Rechtsanwalt Franck).

Vorsitzender des DDP-Ortsverbandes war Emil Wichmann. Er arbeitete seit 1901 als Lehrer, seit 1926 als Konrektor an der Bürgerschule, seit 1907 auch an der Berufsschule, seit 1919 als ihr Leiter.

2. Die DDP als staatsgründende Partei 1919/20 - gegen Räte und Kapp-Putsch

Noch während der Unruhen in der Provinz hielt die DDP am 28.11.1918 bei "Odefey" ihre erste Wahlversammlung nach dem Kriege ab. Dr. Blunck, MdR aus Hamburg, rief auf, Ebert zu unterstützen, den Parteivorsitzenden der SPD, der für Wahlen zu einer Nationalversammlung eintrat. Er lehnte jedoch die Aktionen der Arbeiter-Soldaten- und Bauernräte ab als Willkürherrschaft. Damit handelte er sich die Kritik der zur Räterepublik neigenden USPD ein (Unabhängige SPD), die sich 1917 von der SPD nach links ab-

gespalten hatte. Sie warf in "Carstens Gesellschaftshaus" (später Hamburger Hof) den Bürgerlichen vor, sie hätten sich seit 1848 von Adel und Militär lenken und zum Kriege führen lassen.

Und die USPD unter Paul Dölz war in Tönning stärker vertreten als an irgendeinem anderen Ort. Sie stand in Opposition zur parlamentarischen Regierungsform. Der DDP fehlte in Tönning mithin die Stütze einer starken staatsbejahenden SPD, um in der Stadt eine demokratische Mitte zu bilden.

Im neuen Jahr verdeutlichte die DDP noch einmal ihre Ziele: gegen Klassenkampf und Sozialisierung, für eine parlamentarische Republik in den Grenzen von 1914, Selbstbestimmung und Völkerbund. Die Gegner von rechts konterten mit antisemitischen Parolen: "Wißt Ihr, daß der erste Wahlkandidat der DDP der Jude Waldstein ist?" Auch kirchliche Kreise lehnten die DDP ab.

Dennoch siegte sie unter dem Schock des verlorenen Krieges in Tönning mit 619 Stimmen (36,2 %); die USPD erreichte 479 Stimmen (28 %), die SPD (J. Clausen, Th. Jürgens) 426 Stimmen (24,9 %), die DVP 151 Stimmen (8,9 %), die DNVP 33 Stimmen (1,9 %).

Auch im Kreise Eiderstedt lag die DDP an der Spitze (2460 Stimmen), wengleich neben ihr die "Schleswig-Holsteinische Landespartei" kandidierte (1210 Stimmen), deren zwei Abgeordnete sich der DDP als Hospitanten anschlossen. Als einer von ihnen ins dänische Lager übertrat, wurde der DDP von den Rechten Unzuverlässigkeit vorgeworfen. Die Landespartei sank bis 1921 zur Splittergruppe ab. Im Gegensatz zu anderen Provinzen in Preußen hatte die DDP keine Konkurrenz im katholischen Zentrum. Es fehlte aber im demokratischen Sinne als programmatische Alternative.

Die Kreistagswahlen brachten neben Bürgermeister Brandenburg auch Wichmann in den Kreistag. Auch in den Magistratswahlen setzte er sich als Beigeordneter und Stellvertreter des Bürgermeisters mit 301 Stimmen durch (gegen W. Boysen mit 82 Stimmen).

Als es im Verlaufe des Kapp-Putsches (März 1920) zum Ausnahmezustand und zu blutigen Kämpfen in der Stadt Schleswig kam, bildeten Arbeiter in Tönning eine "Aktionskommission" und kontrollierten vorsorglich die Zu-

fahrtsstraßen. Sie enthoben den Bürgermeister vorläufig seines Amtes, weil er die Kommission nicht anerkannte und nicht ausdrücklich seine Verfassungstreue bekundete. Sein Stellvertreter protestierte und verwandte sich bei der Regierung für Brandenburg.

Obwohl sich die Arbeiter für die verfassungsmäßige Regierung einsetzten, die Spitze der DDP den Putsch als "das größte Verbrechen am deutschen Volk" verurteilte, fanden Arbeiter und verfassungstreue Bürger auf Orts-ebene auch in einer Notsituation nicht zu gemeinsamem Handeln. Zu groß war wohl das gegenseitige Mißtrauen.

Bürger konnten argwöhnen, die bei der USPD organisierten Arbeiter verteidigten die Republik lediglich als Sprungbrett für einen sozialistischen Staat, und die USPD konnte fürchten, die kapitalistischen Anhänger der DDP, Handwerker, Kaufleute, Teile der Beamten und Angestellten, wollten auch noch die wenigen sozialen Errungenschaften der November-Revolution zurückschrauben.

Statt bei roten Arbeitern und schwarz-weiß-roten Bürgern für eine schwarz-rot-goldene Mitte zu werben, gerieten die Anhänger der DDP in die Nähe der Rechten, die mit den Putschisten sympathisierte. Ein weiteres Handicap für eine Partei, die wie die DDP auf Verständigung drängte, kam hinzu. Reichskanzler Bauer, SPD, hatte es schon am 1. Jahrestag der Kapitulation benannt:

"Fast alle Handlungen der Entente waren darauf gerichtet oder wenigstens geeignet, den demokratischen Aufbau der neuen deutschen Republik unmöglich zu machen."

3. Die DDP in der Bürgermeisterwahl und den Februar-Wahlen 1921

Nachdem es Wichmann nicht gelungen war, in den städtischen Gremien für den Bürgermeister eine Gehaltserhöhung durchzusetzen, wechselte Brandenburg nach Plön.

Zur Bürgermeisterwahl traten drei Kandidaten an:
Schlimm, Blauel (SPD), Dölz (USPD).

DVP, DNVP sowie eine Reihe von Berufsverbänden setzten sich für Schlimm

ein - auch die DDP, obwohl sie im Reich mit der SPD zusammenarbeitete. Dölz schlug ihn im 1. Wahlgang mit 665 : 660 Stimmen, unterlag im 2.

Zweimal wurde die Wahl in erregten Verhandlungen angefochten. Erst Landrat Reeder führte die zerstrittenen Stadtvertreter zu konstruktiver Arbeit zurück. Schlimm wurde ins Amt eingeführt.

Bei den Wahlen im Februar 1921 behauptete die DDP in Tönning mit Verlusten von 6,7 % noch einmal die Spitze - mit 405 Stimmen für den Reichstag (29,3 %), nun dicht gefolgt von der USPD mit 386 Stimmen (28,1 %), der SPD mit 132 Stimmen (9,6 %) und den Kommunisten mit 177 Stimmen (12,9 %), die sich erstmals an der Wahl beteiligten. DVP, 14,1 %, und DNVP, 5,7 %, gingen trotz Kapp-Putsch um 9 % gestärkt aus der Wahl hervor. Versailler Vertrag und die Abtretung Nordschleswigs hatten auf solchen Rechtsruck eingewirkt. Für die Wahlen zum Provinzial-Landtag, zum Kreistag und den Stadtvertretungen kandidierten neben Parteien auch Wahlbündnisse unter Beteiligung von Berufsverbänden. So trat für den Landrat die bürgerliche Sammeliste "Wiederaufbau" an, an der sich die DDP beteiligte. Sie wurde angeführt von dem konservativen Bankier Ahlmann und erhielt in der Stadt 726 Stimmen, die dreifach gespaltene Linke 727 Stimmen. Auch solche Listenverbindungen drängten DDP-Wähler auf Kosten der Mitte ins rechte Fahrwasser und verschärften die Teilung der Einwohnerschaft in zwei Lager: Bürgerliche und Sozialisten.

4. Konservative Gesinnung gewinnt weiter an Einfluß

Sicher galt, daß insbesondere auf Gemeinde- und Kreisebene Entscheidungen weniger aufgrund parteipolitischer Leitlinien als sachbezogener Erwägungen zu treffen waren. Dennoch durften die Abgeordneten ihr politisches Profil nicht gänzlich verlieren, sollten sie doch an der Basis Anhänger für ihre politischen Grundpositionen gewinnen. Politik aus dem Spiel zu lassen, war auch insofern bedenklich, als diese Aufforderung immer wieder von der rechten Seite erhoben wurde. Man sollte nur "vaterländisch" denken - doch das bedeutete: antimarxistisch, antiliberal - also im Grunde eine hochgradig politische Position einzunehmen, nämlich auf der rechten Seite.

Und der Einfluß solcher vaterländischer Verbände wuchs in der Stadt, wie Alldeutscher Verband (Hoffmann), Stahlhelm (Leonhardt) und Luisenbund (Goetze), Kriegerverein (E. Tramm), Kolonialbund usw. Mit ihren öffent-

lichen Aufmärschen, Appellen, Feldgottesdiensten, Versammlungen und Festen an Jahrestagen aus vergangener königlich-kaiserlicher Zeit, mit ihren schwarz-weiß-roten Fahnen bestimmten sie mehr und mehr die politische Atmosphäre und das gesellige Leben - vom Reichsgründungstag über die Geburtstage von Königin Luise und Bismarck bis zur Sedan- und Skagerrak Schlacht.

Die Linke zeigte rote Fahnen - insbesondere am 1. Mai zusammen mit dem Gewerkschaftskartell - sowie am 9. November zum Gedenken an die Revolution von 1918. Parallel zu den vorwiegend bürgerlichen Vereinen gründete sie sozialistische Sport-, Gesangs- und Geselligkeitsvereine, wie die "Freie Turnerschaft" (neben TTB von 1888), "Freie Sänger" (neben "Sängerkunst"), Theatergruppen etc., die auch an den Veranstaltungen der linken Parteien teilnahmen.

Der schwarz-rot-goldenen Mitte blieb nur der Verfassungstag (Werktag, 11.8.). Der Vater der Weimarer Reichsverfassung, Hugo Preuß, gehörte zur DDP. Als Gegengewicht gegen vaterländische Verbände und den Rotfrontkämpferbund der KPD bildeten Anhänger der Republik das "Reichsbanner Schwarz-rot-gold", einen Schutzverband, der mit friedlichen Mitteln die Republik und ihre Verfassung schützen wollte (A. Frank, Lehnsmann Siercks, Schaumburg). Die DDP beteiligte sich an der Gründung; doch in der Öffentlichkeit erschien das "Reichsbanner" bald als Gliederung der SPD.

5. Trotz Veränderungen bei der SPD bleibt die DDP im "vaterländischen" Fahrwasser

Noch im Juli 1922, die Republik bestand schon fast vier Jahre, im Juni war Außenminister Rathenau, DDP, ermordet worden, hielt es die Stadtvertretung, in der die "Bürgerlichen" mit 8 : 7 Stimmen die Mehrheit hatten, nicht für dringlich, eine schwarz-rot-goldene Rathausfahne anzuschaffen. Paul Dölz erklärte dazu:

"Man muß zu der Meinung kommen, daß im Rathaus lauter Monarchisten sitzen oder daß die Demokraten nicht wagen, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen."

Ein Antrag, alle monarchistischen Bilder aus den Schulen zu entfernen,

wurde von der Stadtvertretung nicht entschieden, sondern an die Schuldeputation überwiesen.

1922 spaltete sich die USPD auf; ein Teil der Mitglieder ging zur SPD zurück, ein anderer zur KPD. In Tönning übernahm Paul Dölz nun den Vorsitz über die wiedervereinigte SPD, 2. Vorsitzender war Volquard Peters. Doch auch jetzt kam es in der Stadt nicht zu einer Zusammenarbeit mit republikanischen Bürgern, obwohl doch SPD und DDP zu den Gründungsparteien der Weimarer Republik gehörten, obwohl das gemeinsame Fronterlebnis die Standesschranken auch in der Friedenszeit hätte senken müssen, zumal die Stellung der Arbeiterschaft im neuen Staat gestärkt war.

Doch der schichtenspezifische Riß zwischen Arbeitern und Bürgerlichen, der insbesondere seit dem Sozialistengesetz mitten durch das deutsche Volk ging, verheilte nach dem 1. Weltkrieg auch auf Ortsebene nicht. Zwischen Marxisten und Nationalisten vermochte sich auf Dauer eine starke demokratische Mitte nicht zu bilden. Auf einer Wahlversammlung der DDP 1924, eröffnet von Emil Wichmann, erklärte Justizrat Waldstein, MdR, den Schrumpungsprozeß der Partei damit, daß sie seit 1919 ununterbrochen Regierungsverantwortung getragen habe. Sie trug sie fort bis 1932. Er wies den Vorwurf zurück, die DDP hindere einen starken Bürgerblock und gehe mit der SPD; vielmehr habe die DDP erreicht, daß sich die SPD weit von der reinen Lehre des Marxismus und des internationalen Klassenkampfes entfernte und einen nationalen Standpunkt eingenommen habe. - Doch im Lande gingen sie weiterhin getrennte Wege. Gegen die Ruhrbesetzung im Januar 1923 protestierte die SPD in Tönning, indem sie französische Kapitalisten und Militaristen beschuldigte und an die Solidarität der Arbeiterklasse appellierte. Der Ortsverband der DDP schickte zusammen mit DVP und DNVP eine Resolution an den Reichskanzler.

Als die deutschen und dänischen Sozialdemokraten sich für die derzeitige Staatsgrenze im Norden und eine Sicherung der Minderheitenrechte auf beiden Seiten aussprachen, schloß sich die DDP nicht an. Sie stellte sich zwar auch gegen die Scharfmacher auf beiden Seiten, wünschte Verständigung, forderte jedoch Revision zugunsten überwiegend deutsch besiedelter Grenzgebiete.

Die DNVP pochte auf die Königsau.

6. Aus den Wahlkämpfen 1924/25 geht die DDP in der Region nicht gestärkt hervor

Als sich die Verhältnisse im Reich nach Inflation, Separatismus und Putsch in München auch wirtschaftlich stabilisierten, ergaben die Wahlen Ende 1924 eine Stärkung der politischen Mitte. Unter dem Thema "Deutschland am Scheidewege" sprach Frau Dr. Beckmann, DDP, in Tönning und warb für die Mitte, in dem sie drei Gestalten vorstellte:

Rechts einen Soldaten, der mit Waffengewalt gegen Bedrückung vorgeht, links einen Arbeiter auf den Barrikaden, der Feuer gegen Paläste schleudert und in der Mitte einen gebückten Bauern, der geduldig, aber letztlich erfolgreich steinigten Boden bearbeitet.

Dieser Bauer war der Mann der DDP. Die Rednerin wandte sich gegen Dolchstoßlegende und Antisemitismus. Die Aussprache, an der sich auch Dölz beteiligte, dauerte bis Mitternacht.

Schließlich standen in Tönning die wiedervereinigten Sozialdemokraten, wie 1912, an der Spitze (576 Stimmen, 35,5 %), gefolgt von der DDP mit 395 Stimmen (24,3 %). Die Rechtsliberalen (DVP) brachten es auf 192 Stimmen (12,1 %), die DNVP auf 11,8 %, die Kommunisten auf 10,7 %. Erstmals trat auch eine völkische Liste auf (34 Stimmen, 2 %).

Anders als in der Kreisstadt sah es in ihrem Umland aus. In Eiderstedt insgesamt erreichte die DDP nur noch den 4. Platz (711 Stimmen); die Spitze hielt hier die DNVP (2001 Stimmen), obwohl sich diese Partei - zusammen mit dem Reichslandbund - mehr für den körnerbauenden Großgrundbesitz als für die Mäster einsetzte. Bei der Gemeindewahl siegte zwar die Sammeliste "Wirtschaftsbund" mit 636 Stimmen (Wichmann, Ohrt, Gesler, Chr. Peters, F. Dawartz, Müter); doch waren nun auch die Bürgerlichen gespalten; eine "Liste Tramm" erhielt 212 Stimmen (E. Tramm, W. Boysen). Das war jedoch keine republikanische Mitte, vielmehr spielten persönliche Rivalitäten eine Rolle, tendierte die neue Liste eher weiter nach rechts. Als Beigeordneter setzte sich allerdings Wichmann gegen Franck (DNVP) durch (288 : 167 Stimmen).



Abb. 1: Von rechts: Bürgermeister Altmann Wilhelm Boysen
Emil Wichmann (sitzend)
Rechtsanwalt Franck

Wichmann war es auch, der auf der zentralen Verfassungsfeier am 11.8.1925 in der Bürgerschule die Festrede hielt. Die Verfassung habe die Einheit des Reiches bewahrt, allen Bürgern die Mitarbeit an den Aufgaben des öffentlichen Lebens ermöglicht, ihnen Grundrechte gesichert, zugleich Pflichten auferlegt, den neuen Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker aufgenommen, das eines Tages alle Deutschen zusammenführen könne (Österreich!).

Bei der ersten Reichspräsidentenwahl 1925 erhielt der Kandidat der DDP, der badische Staatspräsident Hellpach, in Tönning nur 166 Stimmen. Man muß davon ausgehen, daß mehr als 100 Wähler, die noch im Dezember 1924 für die DDP gestimmt hatten, sich für den "Reichsblock"-Kandidaten Jarres (vorwiegend DVP, DNVP) entschieden hatten. Bei der 2. Wahl lag in der Stadt zwar der Kandidat der Mitte und der Linken, Marx, knapp mit 787 Stimmen vor dem 77jährigen Feldmarschall a.D. von Hindenburg mit 656 Stimmen, der jedoch im Kreis, in der Provinz und im Reich das Rennen machte. Die Kreistagswahlen brachten mit der Liste "Berufsvereinigung" (Hand-

werkerbund, Kaufmännischer Verein, Kartell des Beamtenbundes) E. Wichmann und E. Tramm in den Kreistag.

7. Die Liberalen geben dem SPD-Kandidaten keine Chance

Nachdem sich Bürgermeister Schlimm 1926 wegbeworben hatte, wählte die Stadtverordnetenversammlung mit 8 : 7 Stimmen die einheimische Dreierliste (Dölz, Behl, Haase) ab, und die Stadtbevölkerung entschied sich aus der Dreierliste der auswärtigen Bewerber für Heinrich Altmann. Obwohl Dölz nun die SPD vertrat, gaben ihm die Liberalen keine Chance. Aber auch die SPD ließ letztlich nicht von Sozialisierungsbestrebungen und Atheismus, saß ihr doch die KPD im Nacken, die die SPD als Feind Nr. 1 betrachtete; doch machten beide auch gemeinsame Sache, z.B. beim Volksentscheid über die Fürstenenteignung.

Der neue Bürgermeister übernahm angesichts des Konkurses der Werft ein schweres Erbe. Er rief auf, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg praktische Arbeit zum Wohle der Stadt zu leisten. Die Unterordnung unter die Staatsidee habe einst den Wiederaufstieg Preußens eingeleitet. Hindenburg sei ein Beispiel dafür insofern, als er "Soldat ist, Soldat bis in die Fingerspitzen". Wie immer man den neuen Bürgermeister einschätzte, ein Liberaler war er nicht.

8. Die Aufsplitterung der Bürgerlichen in wirtschaftliche Interessengruppen

Im Wahlkampf 1928 wandte sich die DDP gegen die Landvolkbewegung, die zum Steuerboykott aufrief (Wilhelm Hamkens), gegen die neue Wirtschaftspartei (Stadtrat Gesler) und die Volksrechtspartei (Blauel). In der Tat verkürzten sie die Politik auf wirtschaftliche Interessen, entzogen der Mitte weiter Wähler und drohten in den Sog des Rechtsradikalismus zu geraten.

Aber Handwerk, Gewerbe und Handel, eingekeilt zwischen Großindustrie und Gewerkschaften, Angestellte und Beamte, bedrängt von Gehaltskürzungen und "Abbau", sie alle fürchteten die Proletarisierung. Sie wandten sich, wie die Bauern, von den traditionellen Parteien ab und griffen zur Selbsthilfe.

An Mahnungen z.B. von Amtsgerichtsrat Dr. Maaßen am 11. August, die Verfassung als Bürgerkatechismus hochzuhalten und Toleranz zu üben statt in Freund-Feind-Bildern zu denken, fehlte es nicht. Hofbesitzer Tantzen erklärte auf einer Wahlversammlung der DDP in Tönning: "... Krieg ist Wahnsinn, Verbrechen ... Europa kann nur im Frieden genesen."

Dennoch erlebte die DDP einen tiefen Einbruch. Sie erhielt nur noch 100 Stimmen (6,8 %) und rutschte von der 2. auf die 6. Stelle ab. Die Wirtschaftspartei dagegen errang 16,7 %.

9. Weitere Verluste der DDP im Zeichen der Wirtschaftskrise

Noch marschierte das "Reichsbanner" mit 800 Mann in Tönning auf zu einer

machtvollen
Demonstration für
die Republik, und
Beigeordneter
Wichmann begrüßte
die Verbände im
Namen der Stadt.

Aber nach den
Kreistagswahlen
Ende 1929 ge-
hörte er nicht
mehr dem Kreis-
tag an. Zwar
blieb er Stadt-
rat, zusammen mit
Dölz und Knauer;
zum Beigeordne-
ten aber wählte
man nun, um
einen Sozialisten
zu vermeiden,
Erich Tramm.

Gemäß § 80 der Gemeindevahlordnung wird hierdurch be-
kannt gegeben, daß bei der am 12. März 1933 erfolgten Stadt-
berordnetenwahl folgende gültigen Stimmen abgegeben worden sind:

Für den Wahlvorschlagn:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler- Bewegung)	360
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD.)	333
3. Kommunistische Partei Deutschlands	371
26. Bürgerliche Einigkeit	284
27. Biffe Tramm	327
28. Sozialistische Arbeitsgemeinschaft	8

Als Stadtberordnete sind hiernach folgende Bewerber ge-
wählt:

1. Hansen, Peter Lorenz, Landwirt, Herrengraben 44
2. Müller, Hermann, Rektor, Deichstraße 16
3. Wagenknecht, Georg, Schmiedemeister, Am Hafen 26
4. Dölz, Paul, Stadtrat, Rattrepel 22
5. Clausen, Johannes, Spartakusangehöriger, Johann Adolfs- straße 33
6. Janssen, Sante, Wasserbauamtsarbeiter, Neustadt 51
7. Scharbelmann, Wilhelm, Schiffbauer, Dannewerthstraße 19
8. Hansen, Otto, Rentempfänger, Dannewerthstraße 17
9. Ditz, Heinrich, Mobellischler, Fehringstraße 47
10. Knauer, Wilhelm, Mittelschulrektor, Johann Adolfsstraße 19
11. Baach, August, Dr. med., Kreis kommunalarzt, Deichstraße 17
12. Garfens, Hans, Maurermeister, Hochstieg 34
13. Tramm, Erich, Kaufmann, Deichstraße 2
14. Tramm, Theodor, Postkassener, Martje Flohstraße 7
15. Neumann, Heinrich, Bäckermeister, Hochstieg 16.

Gemäß § 6 Ziffer 3 des Gemeindevahlgesetzes kann jeder
Wahlberechtigte binnen 2 Wochen nach der Bekanntmachung beim
Magistrat gegen die Gültigkeit der Wahl Einspruch erheben.

Tönning, den 12. März 1933.

Der Magistrat.

Abb. 2: Umzug des "Reichsbanners" Tönning

Wieder war die bürgerliche Seite mit zwei Listen angetreten, hatte zwischen ihnen ein erbitterter Schlagabtausch stattgefunden. Aber diesmal erreichte die Liste Tramm ("Arbeitsgemeinschaft") 488 Stimmen und fünf Vertreter (E. Tramm, Knauer, Neumann, Th. Tramm, Kruse) gegenüber 259 Stimmen und drei Vertretern für den "Wirtschaftsbund" (Boysen, Wichmann, Müter). Die SPD mit 524 Stimmen entsandte Dölz, Clausen, Jannsen, Bonneß, Hennings; die KPD mit 221 Stimmen Schardelmann und Otto Hansen.

Der Bürgermeister hatte am Ende der Sitzungsperiode den Stadtvertretern gedankt für selbstlose Zusammenarbeit; alle Beschlüsse waren einstimmig gefaßt worden. Allerdings war der Spielraum gering. Fast alle Projekte zur Sanierung der Stadt hatten wegen Finanzmangel zurückgestellt werden müssen. Dölz bemängelte, daß die KPD in den Sitzungen geschwiegen, draußen die SPD mit Schmutz beworfen, die bürgerliche Seite wenig Brauchbares in die Debatte geworfen hätte.

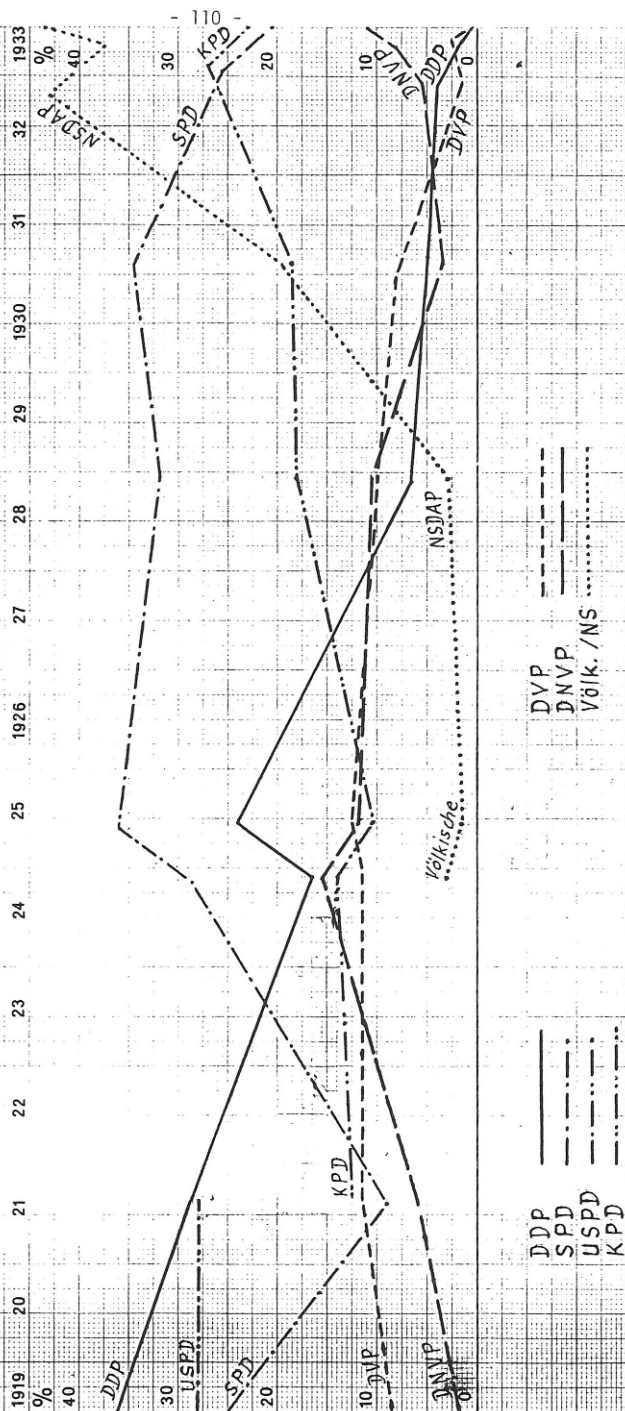
Die Reichstagswahl im September 1930, schon im Zeichen der Notverordnungen und der Deflation unter Reichskanzler Brüning, bestritt die DDP, die sich nun "Staatspartei" nannte, mit dem Schlagwort: "Die Diktatur ist die Staatsform der Analphabeten".

Von der DNVP wurde sie als "internationale, geldplutokratische Judenpartei" betitelt. Sie errang nur noch 82 Stimmen (5,2 %); SPD 34 %; KPD 19 %; Wirtschaft 8 %, DVP 7,6 %, DNVP 4 %, NSDAP 19 %. In Eiderstedt lagen die Nationalsozialisten nun an der Spitze. Im Oktober 1931 mußte der Bürgermeister im Blick auf den Winter eingestehen, daß sich insbesondere infolge steigender Arbeitslosigkeit ... "die Lage in Tönning katastrophal gestalten werde". Am 31.9.1932 verlor die Stadt auch noch die Funktion einer Kreisstadt. 1932 erhielt Hindenburg, jetzt als Kandidat der Mitte und der Linken, in Tönning 739 Stimmen, Hitler 591, Thälmann 507. Bei den zwei Reichstagswahlen im Juli und November fielen auf die DStP lediglich 61/36 Stimmen (3,4/2 %), in Eiderstedt 167/171 Stimmen, auf die NSDAP aber 5347/4174 Stimmen.

Wo waren die 619 Stimmen (36,2 %) für die DDP in Tönning von 1919 geblieben? Die bürgerliche Mitte war aufgesplittert, aufgezehrt, ein Großteil den Rechtsradikalen verfallen. Auch die Rechtsliberalen (DVP) waren am Ende.

Reichstagswahlen in Tönning (ohne Kirchspiel)

1919 - 1933



Für staatsbürgerliche Rechte und Geistesfreiheit!
Gegen Gewaltherrschaft und Geistesknechtung!
Für Volksversöhnung, gegen Bruderhaß und Volksverhetzung!
Für Erhalt des Berufsbeamtentums, gegen Parteibuchherrschaft!

Aber sie erhielt nur noch 13 Stimmen für den Reichstag (NSDAP 43 %, DNVP 10 %, SPD 20,8 %, KPD 24,9 %). In der Stadtverordneten-Versammlung gab es nun drei "bürgerliche" Gruppen mit je drei Vertretern.



Abb.4: Eiderstedter Wochenblatt
Ergebnis der Stadtverordnetenwahl
vom 12. März 1933

Emil Wichmann hatte keinerlei Funktionen mehr. KPD-Stadtvertreter wurden sofort, SPD-Stadtvertreter im Juni von den Sitzungen ausgeschlossen. Im Juni auch lösten sich die Parteien - darunter die Staatspartei - auf. Zuvor hatten ihre fünf Vertreter im Reichstag, darunter Theodor Heuss, dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, das eine letzte Selbstentmachtung des Parlaments bedeutete und Hitler für vier Jahre diktatorische Vollmachten gab.

Nun holte man Reisekosten-Abrechnungen von 1929 hervor, darunter auch solche von Wichmann,

und behauptete Überzahlungen.

Am 26.6. wurde der Bürgermeister vom Dienst suspendiert und der kommissarische Beigeordnete eingesetzt. Er erklärte: "Die Bahn ist jetzt frei, um die Geschicke der Stadt in nationalsozialistischem Sinne zu lenken" und nannte sich selbst Bahnbrecher und das Erbe einen Trümmerhaufen.

Konrektor Wichmann (59), einst Ortsvorsitzender der DDP, trat trotz Verlockungen und Drohungen nicht in die NSDAP ein und entging einer Insel-Versetzung mit dem vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand.

Wenn es je Aufgabe der DDP war, gemäßigte Wähler von rechts und links auch auf Ortsebene für eine staatstragende demokratische Mitte zu gewinnen und die Atmosphäre des öffentlichen und privaten Lebens zu beeinflussen, so war sie gescheitert. Woran? Der wirtschaftliche Aufschwung 1924 - 28 war an Tönning vorbeigegangen, worauf sich Anhänger von der Partei abwandten und Interessengruppen bildeten.

Infolge der Wahlbündnisse hatte es der Ortsverband versäumt, Flagge zu zeigen und sich deutlich nach rechts abzugrenzen. Während die linken Parteien in Tönning wieder und wieder tüchtige Redner in die Parteiversammlungen der Mitte und der Rechten schickten und in Streitgesprächen ihre Meinung verbreiteten, sucht man nach entsprechenden Aktivitäten des Orts- oder Kreisverbandes der DDP vergeblich. Nach links war ein Brückenschlag zur SPD nicht zustande gekommen, die ihrerseits insbesondere in der Wirtschaft nicht zu Kompromissen bereit war. Vor allem aber war es nicht gelungen, beim einzelnen Bürger ein freiheitliches politisches Selbstbewußtsein zu wecken und Kenntnisse über die heikle Lage Deutschlands in der Mitte Europas zu vermitteln. Allzu Viele hofften vielmehr auf den starken Führer, der mit der Faust auf den Tisch schlug und damit alle Schwierigkeiten beseitigte. So las man 1928 die Stimme eines Landvolk-Vertreters im Eiderstedter Wochenblatt: "Wir werden bedingungslos dem Führer folgen, der uns zu den alten Freiheiten zurückführt; die Narren aber, die uns freisinnigen Unsinn vorschwätzen, werden über kurz oder lang die harten Bauernfäuste zu spüren bekommen."

Zugleich geriet die DDP, wie die anderen Weimarer Parteien, in den Sog der Weltwirtschaftskrise, in einen Trend, der überall in Deutschland

die Liberalen in den Untergang führte (November 32: 0,3 %).

1919 war die DDP in Tönning noch doppelt so stark wie im Reichsdurchschnitt (36,2/17,8 %), bei der Reichstagswahl 1920/21 auf Ortsebene sogar dreimal stärker als im Reich. Aber schon 1928 fiel sie in die Nähe des Reichsdurchschnitts (6,8/5,1 %).

Liberales Gedankengut hatte in Tönning eine lange, ausgeprägte Tradition; es hat als Partei unter dem Ansturm von Niederlage und Not, von Verführung und Gewalt nicht standgehalten. Erst 1945 - eingedenk des Trümmerhaufens - bot sich eine Chance für eine freiheitliche Daseinsgestaltung. Die Geschichte lehrt, daß sie keine Selbstverständlichkeit, sondern stets gefährdet ist und immer aufs neue gesichert werden muß.

Literatur:

Eiderstedter Wochenblatt, Jahrgänge 1918, 1920 - 29, 1931, 1933

Eiderstedter Nachrichten, Jahrgänge 1919, 1930, 1932

Schulze, H: Weimar Berlin / Darmstadt / Wien 1982

Siehe auch:

Werthen, W.: Tönning zur Zeit der Weimarer Republik in:

Tönning im Wandel der Zeiten, Husum 1989, S. 70 ff